

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886848 ppbn d



Inhalt

Friedel Läßle MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes, kommentiert die Bonner Steuerreform: Ausdruck unsozialer Politik. Seite 1

Egon Bahr MdB, Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages, würdigt das sowjetische Engagement für ein Gewaltverzichts-Abkommen: Sorgfältig prüfen. Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB kritisiert die "großen Sprüche" des Baueministers: Realisten auf Distanz zu Schneider. Seite 4

Dokumentation

Eine Solidaritätserklärung mit Nicaragua unter dem Titel Erklärung von Managua wurde von zahlreichen Politikern aus aller Welt unterzeichnet, die kürzlich in der Hauptstadt des mittelamerikanischen Landes der Amtseinführung des gewählten Präsidenten, Daniel Ortega, beiwohnten. Wortlaut

Seite 5

40. Jahrgang / 21

30. Januar 1985

Steuerreform Ausdruck unsozialer Politik

Die Umverteilung von unten nach oben wird konsequent fortgesetzt

Von Friedel Läßle MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes

Die von der Bundesregierung als "größte Steuerentlastung aller Zeiten" für 1986 und 1988 angekündigte Steuerreform ist nicht nur sozial unausgewogen, sondern stellt in Wahrheit gar keine Steuerentlastung dar.

Einerseits wird die von der Bundesregierung und auch der saarländischen Landesregierung als "vorrangige Entlastung der kleineren und mittleren Einkommen" verkaufte Änderung der Lohn- und Einkommenssteuer erneut zum Vorwand für eine weitere Umverteilung von unten nach oben genommen, weil gerade die kleineren und mittleren Einkommen von den höheren Kinderfreibeträgen und Steuertarif-Absenkungen weit weniger profitieren, als die Steuerzahler in den höheren Einkommensstufen. Andererseits werden die Steuerzahler am Ende der Zweistufen-Operation insgesamt nicht weniger, sondern aufgrund der "heimlichen Steuererhöhungen" erheblich mehr an Steuern zahlen: Nach Berechnung des Rheinisch-Westfälischen Instituts (der Wirtschaft) müßten anderenfalls bis 1988 nicht nur 20 Milliarden Mark, wie von der Regierung Kohl vorgesehen, sondern 56 Milliarden Mark weniger an Lohn- und Einkommenssteuern erhoben werden.

Den Bonner Plänen, die von der noch amtierenden Landesregierung positiv bewertet werden, läßt sich entnehmen, daß rund zwei Drittel aller Steuerpflichtigen mit einem zu versteuernden Einkommen bis zu 60.000 Mark (Ledige) / 120.000 Mark (Verheiratete) nicht auf eine spürbare steuerliche Entlastung hoffen dürfen. Für ein Ehepaar ohne Kinder mit einem zu versteuernden Einkommen von 20.000 Mark



wird die monatliche Entlastung gerade zwölf Mark betragen. Demgegenüber können Spitzenverdiener mit einem zu versteuernden Einkommen von 200.000 Mark beispielsweise monatliche Steuerentlastungen von mehr als 500 Mark erwarten.

Nimmt man alles zusammen, so beträgt die Entlastung bei einem Jahreseinkommen von 300.000 Mark mit fast 9.000 Mark im Jahr mehr als das Zehnfache der Entlastung bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 40.000 Mark. In dem ab 1988 geplanten zweiten Schritt kommen Arbeitnehmer überhaupt nicht mehr zum Zuge. Denn dann beginnt die Steuerentlastung praktisch erst ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Mark aufwärts.

Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb die saarländische Landesregierung aufgefordert, sich für eine stärkere Entlastung vor allem der Familien und Arbeitnehmer mit kleineren und mittleren Einkommen im Einkommensbereich bis 60.000 / 120.000 Mark einzusetzen, zumal gerade diese Einkommensgruppen durch die mehrfache Erhöhung der Sozialbeiträge und den Sozialabbau seit Amtsantritt der Regierung Kohl am stärksten belastet wurden, während Unternehmen und Besserverdienende sogar noch steuerliche Entlastungen in Milliardenhöhe erhalten haben.

Dies bedeutet unter anderem:

- o Absenkung der Steuersätze im Einkommensbereich bis zu 60.000 / 120.000 Mark,
- o Stärkere Anhebung des Grundfreibetrages,
- o Abschaffung des sozial ungerechtfertigten Kinderfreibetrages und deutliche Erhöhung des Kindergeldes, um hohe Einkommensbezieher für ihre Kinder nicht finanziell besserzustellen, als Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen,
- o Einführung eines einkommensabhängigen Schülerzuschlages zum Kindergeld, um den Kindern in sozial schwachen Familien eine angemessene Ausbildung zu ermöglichen.

(-/30.1.1985/rs/ks)

+ + +



Gewaltverzichts-Abkommen

Sowjetischen Vorschlag für Stockholm sorgfältig prüfen

Von Egon Bahr MdB

Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle
des Deutschen Bundestages

Die SPD hat seit langem einen völkerrechtlich verbindlichen Gewaltverzicht gefordert, der nicht nur den Erstgebrauch von atomaren, sondern auch von konventionellen Waffen verbietet. Wir haben außerdem angeregt, daß das Thema Gewaltverzicht gleichzeitig mit den Vorschlägen zu vertrauensbildenden Maßnahmen in Stockholm behandelt werden soll und hätten schließlich gewünscht, daß die beiden deutschen Staaten sich über eine derartige Haltung verständigen und entsprechende Initiativen in ihrem jeweiligen Bündnis unternehmen. Dies hätte nach unserer Auffassung eines der wichtigsten Themen sein sollen, die bei einem Besuch Honeckers in der Bundesrepublik zu behandeln gewesen wären.

Auf diesem Hintergrund muß man es als konstruktiv bezeichnen, daß die Sowjetunion in Stockholm einen Entwurf für ein Gewaltverzichts-Abkommen vorgelegt hat.

Natürlich muß dieser Entwurf sorgfältig geprüft werden, wie dies auch Washington angekündigt hat.

Daß die Sowjetunion das Prinzip des Gewaltverzichts auch auf den Weltraum ausdehnen will, ist, um es salopp zu formulieren, komisch und logisch. Komisch, weil natürlich Stockholm nicht vorwegnehmen kann, was in der Substanz nicht nur in Genf verhandelt, sondern im positiven wie im negativen Fall über das Schicksal von Genf und das Verhältnis zwischen den beiden Supermächten entscheiden wird. Logisch, weil es natürlich unsinnig wäre, den Gewaltverzicht auf der Erde zu vereinbaren, aber die Gewaltanwendung im Weltraum offen zu lassen.

Die Entwicklung in Stockholm zeigt, wie stark alles mit allem zusammenhängt: Stockholm mit Genf, die Interkontinental-Waffen und die Mittelstreckenwaffen; niemand soll überrascht sein, wenn sich Zusammenhänge zu Wien, also dem Thema der konventionellen Truppenreduktion, zeigen werden.

(-/30.1.1985/rs/ks)

+ + +



Große Sprüche des Bauministers

Die Realisten im Hause Schneider gehen ehrlicherweise auf Distanz zu ihrem Chef

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Der Bauminister verkündet laut und mutig, er wolle mittelfristig den Anteil der Haushalte in der Bundesrepublik, die in den eigenen vier Wänden wohnen, von knapp 40 auf 50 Prozent steigern.

Angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und angesichts eines Fördersystems, das nach dem Willen dieser Regierung so geändert werden soll, daß es noch stärker die begünstigt, die ohnehin schon haben, ist diese Aussage besonders mutig.

Andererseits schätzt der Minister den echten Neubaubedarf auf nur noch 150.000 Wohnungen pro Jahr ein. Er muß also seine Eigentumsförderung, gemessen an seinen großen Zielen vor allem im vorhandenen Wohnungsbestand betreiben, wogegen im Prinzip nichts einzuwenden ist. Für die Bauwirtschaft ist dies jedoch eine schlechte Perspektive.

Der Staatssekretär in Schneiders Ministerium distanziert sich deshalb vorsichtig von der Aussage seines Ministers und mag sich nicht so forsch festlegen:

"Wann eine Wohneigentumsquote von 50 Prozent erreicht sein wird, hängt von vielerlei sich ständig verändernden Faktoren ab, unter anderem von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen."

Er korrigiert seine Minister vorsichtig:

"Die Bundesregierung verfolgt dieses Ziel (gemeint: die Förderung des Erwerbs von Wohneigentum), das sie sich in der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 gesetzt hat, langfristig."

Das Ministerium ist also realistischer und ehrlicher als sein Minister.

Er würde seinen wohnungspolitischen Zielen vielleicht mehr dienen, wenn er seinen Beratern mehr zuhören würde, anstatt große Ankündigungen zu machen.

(-/30.1.1985/rs/ks)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Erklärung von Managua

Ihre Solidarität mit Nicaragua bekundeten in einer Erklärung von Managua Politiker aus aller Welt, die sich kürzlich anlässlich der Amtseinführung des gewählten Präsidenten, Daniel Ortega, in der Hauptstadt des mittelamerikanischen Landes aufhielten. Wir veröffentlichen eine inoffizielle Übersetzung dieses Dokumentes, das unter anderem von SPD-Präsidiumsmitglied Hans-Jürgen Wischniewski, dem Literatur-Nobelpreisträger Gabriel Garcia Marquez, dem britischen Labour-Führer Neil Kinnock und dem früheren Präsidenten der Dominikanischen Republik, Juan Bosch, unterzeichnet wurde.

"Die unterzeichnenden politischen Führer, Parlamentarier und anderen leitenden Persönlichkeiten, die sich anlässlich der Amtsübernahme des Präsidenten der Republik Nicaragua, Daniel Ortega Saavedra, versammelt haben, um Gesichtspunkte über die Entwicklung der herrschenden Lage in Nicaragua und der mittelamerikanischen Region auszutauschen und zu diskutieren, haben beschlossen, folgende Erklärung abzugeben:

Erstens

Wir haben mit Sorge die schwere Bedrohung des Friedens in Mittelamerika trotz verschiedener laufender Bemühungen, ihn durch politische Verhandlungen zu bewahren, festgestellt.

Unvermeidlicherweise stellen die prekäre wirtschaftliche Lage und die Suche nach militärischen Lösungen eine schwere Gefahr für die Zukunft dieser Völker dar, die sich in einer regionalen Krise mit unvorhersehbaren Auswirkungen auf Lateinamerika und den Weltfrieden befinden.

Zweitens

Wir haben die Leiden des Volkes von Nicaragua festgestellt, das in den vergangenen Jahren ein Opfer von Destabilisierung und Gewalt wurde, welche den Tod Tausender von Bürgern verursacht und ihre Wirtschaft bei einem Verlust von Hunderten Millionen Dollar ernstlich beeinträchtigt haben, was dem nicaraguanischen Volk eine einschneidende Minderung seines Lebensstandards auferlegt.

Wir drücken unsere Solidarität mit dem nicaraguanischen Volk bei seinem Bemühen um die Wahrung seiner Souveränität und nationalen Unabhängigkeit aus und rufen die internationale Gemeinschaft auf, sein Recht auf freie Selbstbestimmung zu respektieren und vor allem die Anstrengungen um materielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Nicaragua zu vervielfachen.



Drittens

Nachdem zwei Jahre der Verhandlungen seitens der Contadora-Gruppe vergangen sind, zollen wir den durchgeführten positiven und konstruktiven Bemühungen unsere Anerkennung. Wir sind der Ansicht, daß die Initiative von Contadora weiterhin eine reale Friedensalternative und eine lateinamerikanische Maßnahme der Erneuerung in der Geschichte des Kontinents darstellt, weshalb wir dazu aufrufen, die entsprechenden Schritte einzuleiten, damit wirksame Abmachungen auf den von der Contadora-Gruppe bereits geschaffenen Grundlagen getroffen werden, die in Ihrem Vorschlag für Frieden und Zusammenarbeit in Mittelamerika vom 7. September 1984 enthalten sind, und auf solchen, die später geschaffen werden.

Viertens

Um zur Suche nach einer friedlichen Lösung für die Region beizutragen, die in den Bemühungen der Contadora-Gruppe, der laufenden Gespräche in Manzanillo und der in La Palma in El Salvador eingeleiteten Gespräche zum Ausdruck kommt, rufen wir dazu auf, die mittelamerikanische Region von einer Konfrontation zwischen den Großmächten freizuhalten.

Fünftens

Wir teilen die feste Überzeugung, daß der Antritt der neuen Regierung von Nicaragua die Bedingungen für die Fortführung des nationalen Dialogs und bilateraler Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Nicaragua schafft, welche zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Nationen führen soll.

Als friedensfördernde Geste rufen wir die öffentliche Weltmeinung und vor allem den nordamerikanischen Kongreß auf, alle Anstrengungen zur Lösung des Konflikts zu unternehmen, und zwar auf der Grundlage der von der Contadora-Gruppe, welche die besten Interessen und Hoffnungen der mittelamerikanischen Region unverfälscht vertritt, vorgeschlagenen Friedensinitiative.

Wir rufen die Großmächte dazu auf, die Contadora-Gruppe entschieden zu unterstützen, um Friedensabkommen zu erreichen, die ein rücksichtsvolles Zusammenleben in der Region, die nötige wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Errichtung demokratischer pluralistischer Institutionen fördern." (-/30.1.1985/rs/ks)

+ + +

